

Aggerverband Sonnenstraße 40 51645 Gummersbach

Gemeinde Reichshof Katja Grunewald Hauptstr. 12 51580 Reichshof Auskunft erteilt: Simon Bilstein Durchwahl: 02261/36-1724

Fax:

E-Mail: bi@aggerverband.de

Bei Antwort bitte angeben:

Mein Zeichen: 23-00330-hue-gor-bi

Datum: 5. April 2023

Beteiligung der berührten Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange gemäß § 13a sowie die Benachrichtigung von der öffentlichen Auslegung gemäß § 3 Abs. 2 BauGB

1. Ergänzung des Bebauungsplans Nr. 41 "Eckenhagen – Wohngebiet Mähbach"

Ihr Schreiben vom 22.03.2023

Sehr geehrte Frau Grunewald

auf Ihr o.g. Schreiben teile ich Ihnen aus Sicht der Abwasserbehandlung mit, dass das Plangebiet sich im Netzplan der Kläranlage Eckenhagen befindet. Die Flächen mit dem Bestand sind im Mischsystem angeschlossen. Der größere Teil des Plangebietes ist allerdings im Netzplan als "geplantes Trennsystem" vorgemerkt. Somit haben wir keine Bedenken, wenn im Trennsystem entwässert wird.

Aus Sicht des Bereiches Gewässerentwicklung und –unterhaltung teile ich Ihnen mit, dass das Plangebiet in voller Länge mittig von Ost nach West von dem hier verrohrten Mähbach durchflossen wird. Zwar wurde eine Überdeckung des Gewässers mit "baulichen Anlagen" in der vorliegenden Planung ausgeschlossen, Anschüttungen in der Gewässertrasse und eine Überbauung mit Zuwegungen, Stellplätzen u.Ä. sollen aber ausdrücklich zugelassen werden.

Gegen diese geplante Überbauung der Gewässertrasse habe ich ernste Bedenken. Ich weise darauf hin, dass für bauliche Anlagen am Gewässer und für Leitungskreuzungen eine Genehmigung nach § 22 LWG erforderlich ist. Dies gilt auch für verrohrte Gewässerabschnitte. Der Anlagenbegriff ist im Wasserrecht weit gefasst. Zu den Anlagen gehören nicht nur Gebäude, sondern z.B. auch Leitungen aller Art, Düker, Brücken, Durchlässe, Terrassen, Wege und Park- und Lagerplätze. Da Aufschüttungen und Abgrabungen ebenfalls den Wasserabfluss beeinträchtigen können, werden sie den baulichen Anlagen gleichgestellt.

Im Rahmen des Baugenehmigungsverfahrens ist der Bauherr auf die geltenden wasserrechtlichen Bestimmungen aufmerksam zu machen und die wasserrechtliche Genehmigung der Verrohrung zu überprüfen. Der jeweilige

Aggerverband – Körperschaft des öffentlichen Rechts – Sonnenstraße 40 – 51645 Gummersbach
Tel.: 02261/36-0 · Fax: 02261/36-8000 · Internetadresse: www.aggerverband.de · E-Mail: info@aggerverband.de
Sparkasse Gummersbach-Bergneustadt, IBAN DE85 3845 0000 0000 2713 12 · BIC WELADED1GMB
Kreissparkasse Köln, IBAN DE06 3705 0299 0341 0008 95 · BIC COKSDE33XXX













Grundstückseigentümer ist auf seine bauliche Unterhaltungspflicht der Gewässerverrohrung hinzuweisen. Vor jeglichen Arbeiten auf dem Gelände empfiehlt es sich dringend, die Gewässerverrohrung in Bezug auf ihren baulichen Zustand und insbesondere auch ihre hydraulische Leistungsfähigkeit (ausreichende Dimensionierung) zu überprüfen. Dies ist hier von besonderer Bedeutung, da die Bachverrohrung des Mähbaches insgesamt bereits heute augenscheinlich hydraulisch überlastet ist und zusätzlich die Einleitung von Niederschlagswasser der nun geplanten Gebäude in das Gewässer angedacht wurde.

Die Zugänglichkeit zum Gewässer auch für schweres Arbeitsgerät zur Durchführung von Gewässerunterhaltungsarbeiten durch den Aggerverband, z. B. zur Sicherung des Abflusses, muss gewährleistet werden.

Allgemein gilt: Durch die geplante bauliche Verdichtung und weitere Versiegelung von Flächen in dem Plangebiet ergeben sich Änderungen bei der Niederschlagswasserbeseitigung.

In Abhängigkeit der gegebenen hydrogeologischen Verhältnisse ist der Versickerung von Niederschlagswässern vor Ort gegenüber der punktuellen Einleitung in ein Gewässer unbedingt Vorrang einzuräumen. Es ist zu beachten, dass bei Einleitung zusätzlicher Niederschlagswässer über die bestehende Regenwasserkanalisation in ein Oberflächengewässer ggf. bestehende Einleitungserlaubnisse über ein einschlägiges Wasserrechtsverfahren anzupassen sind, wobei sich zulässige Einleitungsmengen an den Anforderungen des Merkblattes DWA M/A 102 orientieren sollten. Dies gilt auch für den Neubau von Entwässerungssystemen.

Wenn Sie Fragen haben oder weitere Informationen benötigen, dann wenden Sie sich bitte an Frau Hünninghaus (Gewässerentwicklung) unter der Telefon-Nr. 02261/361146 oder Herrn Gorres (Abwasserbehandlung) unter der Telefon-Nr. 02261/361160.

Mit freundlichen Grüßen Der Vorstand Im Auftrag gez. Wim Dissevelt

















Amt für Planung, Entwicklung und Mobilität

OBERBERGISCHER KREIS | DER LANDRAT | 51641 Gummersbach

Gemeinde Reichshof

Karlstraße 14-16 51643 Gummersbach

Kontakt: Herr Schmidt Zimmer-Nr.: OG 2-218 Mein Zeichen: 61/1 Tel.: 02261/88-6105 Fax: 02261/792-6105

bauleitplanung@obk.de

www.obk.de

Steuer-Nr. 212/5804/0178 USt.-ld.Nr. DE 122539628

Datum: 21.04.2023

Bauleitplanung der Gemeinde Reichshof

1. Ergänzung des Bebauungsplans Nr. 41 "Eckenhagen - Wohngebiet Mähbach"

Beteiligung der berührten Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange gemäß § 13a sowie die Benachrichtigung von der öffentlichen Auslegung gemäß § 3 Abs. 2 BauGB

Sehr geehrte Damen und Herren, nachfolgend erhalten Sie die Stellungnahme des Oberbergischen Kreises:

Landschaftspflege, Artenschutz

<u>Landschaftspflege</u>

Gegen die von der Gemeinde Reichshof mit der 1. Ergänzung des Bebauungsplans Nr. 41 "Eckenhagen – Wohngebiet Mähbach" als Bebauungsplan der Innenentwicklung (gemäß § 13a BauGB) dargestellten Planungsmaßnahmen bestehen aus landschaftspflegerischer Sicht keine grundsätzlichen Bedenken. Der Planbereich liegt teilweise im Geltungsbereich des Landschaftsplans Nr. 3 "Bergneustadt-Eckenhagen", welcher dort das Entwicklungsziel 1 darstellt. Ein nach den Vorschriften des BNatSchG festgesetztes Schutzgebiet ist nicht betroffen. Die Inhaltsbestimmungen des rechtsgültigen Landschaftsplans Nr. 3 "Bergneustadt-Eckenhagen" des Oberbergischen Kreises (Entwicklungsziel 1) treten erst mit Inkrafttreten des Bebauungsplans außer Kraft.

Artenschutz

Aus artenschutzrechtlicher Sicht bestehen keine grundsätzlichen Bedenken gegen die Planung. Gehölze dürfen nur außerhalb der Brut- und Fortpflanzungszeit von europäischen

Kreissparkasse Köln Kto. 0 341 000 109 • BLZ 370 502 99 iBAN DE 82 3705 0299 0341 0001 09 Swift COKSDE 33 Postbank Köln Kto. 456 504 • BLZ 370 100 50 iBAN DE 97 370 100 50 0000 456 504 Swift BIC PB NKD EFF Sparkasse Gummersbach-Bergneustadt Kto. 190 413 • BLZ 384 500 00 iBAN DE 15 3845 0000 0000 190 413 Swift WELADED 1 GMB Vogelarten entfernt werden (Anfang Oktober bis Ende Februar). Vogel- und Fledermauskästen sind nach vorheriger Kontrolle im Zeitraum zwischen Mitte September und Mitte November zu entfernen. Für die entfernten Kästen sollte im Plangebiet oder in der nahen Umgebung Ersatz geschaffen werden.

Der Abriss der vorhandenen Gebäude und Gartenhütten ist ebenfalls möglichst zwischen Mitte September und Mitte November durchzuführen. Bei diesen Arbeiten sind die Empfehlungen, welche in der der Artenschutzprüfung unter Punkt V5 aufgeführt werden, zu beachten.

Um sicherzustellen, dass keine artenschutzrechtlichen Verbotstatbestände eintreten, wird empfohlen die Abrissarbeiten durch eine ökologische Baubegleitung (ÖBB) betreuen zu lassen.

Umweltamt

67/12 - Gewässerschutz - Frau Kallwitz (Tel. 6741)

Gegen das o.g. Vorhaben bestehen aus vorfluttechnischer Sicht keine grundsätzlichen Bedenken. Der verrohrte Bach, der sich im Plangebiet befindet, ist von Bebauungen

67/12 - Kommunale Abwasserbeseitigung - Herr Hartmann (Tel. 6752)

Gegen den Bebauungsplan Nr. 41 besteht grundsätzlich keine Bedenken, wenn die Niederschlagsentwässerung, wie mit der Unteren Wasserbehörde abgesprochen, erfolgt.

Das anfallende Niederschlagswasser soll in ein Gewässer eingeleitet werden. Somit handelt es sich hier um eine erlaubnispflichtige Gewässerbenutzung nach §§ 8 und 9 WHG. Ein entsprechender Erlaubnisantrag nach §§ 8, 9, 10 und 57 WHG ist bei der Unteren

Bei Einleitung in ein Gewässer ist zu prüfen, dass die Einleitungsmenge und der stoffliche Eintrag gewässerverträglich ist, orientiert an den derzeit geltenden Regelwerken.

67/23 - Bodenschutz - Frau Fabritius (Tel. 6731)

Wasserbehörde frühzeitig zu stellen.

Gegen das Planverfahren bestehen zum jetzigen Planungsstand aus bodenschutzrechtlicher Sicht keine grundsätzlichen Bedenken.

Hinweis:

Im Bereich des Plangebietes liegen gemäß der Bodenkarte von NRW (1:50.000): "Bewertungen und Auswertungen zum Bodenschutz/Schutzwürdigkeit der Böden (3. Auflage)", herausgegeben vom Geologischen Dienst NRW, sog. Grundwasserböden mit sehr hoher Funktionserfüllung als Biotopentwicklungspotenzial für Extremstandorte vor. Es haben sich Nassgleye (Grundwasserböden) entwickelt.

→ Der Eingriff in das Bodenpotenzial und die damit verbundene Inanspruchnahme durch Überbauung und sonstige Eingriffe sollte ausgeglichen werden. Hier wird eine Vorgehensweise gemäß den Vorschlägen des OBK im Rahmen der Ökokonten in der Bauleitplanung, "Bewertungsverfahren Boden, Modell Oberberg", für Böden der Kategorie II (Grundwasserböden) empfohlen.

67/21 - Immissionsschutz – Frau Freiberger (Tel. -6727)

Aus der Sicht des Immissionsschutzes werden zu dem o. g. Vorhaben keine Anregungen und Hinweise vorgebracht.

Weitere Belange des Umweltamtes werden nicht tangiert.

Bei Rückfragen stehen die Sachbearbeiter unter den entsprechenden Nebenstellennummern zu weiteren Auskünften gerne zur Verfügung.

Amt für Rettungsdienst, Brand- und Bevölkerungsschutz

Gegen die o.g. Maßnahme bestehen aus Sicht der Brandschutzdienststelle keine Bedenken, wenn bei der Änderung der Flächen eine Löschwassermenge über 2 Stunden wie folgt sichergestellt ist:

Allgemeines Wohngebiet (WA)

min. 800 l/min

Die Löschwassermenge ist jeweils in einem Radius von 300 m vorzuhalten. Die Entfernung zum nächsten Hydranten sollte 75 m Luftlinie nicht überschreiten.

Des Weiteren wird auf den § 5 der Bau O NRW hingewiesen, damit die Zufahrten zu den jetzigen und zukünftigen Objekten auch für den Rettungsdienst und die Feuerwehr nach DIN 14090 gegeben sind.

Polizei NRW, Direktion Verkehr

Gegen die beantragte Bauleitplanung der Gemeinde Reichshof, 1. Ergänzung des Bebauungsplans Nr. 41 "Eckenhagen - Wohngebiet Mähbach", bestehen unter Bezugnahme auf die eingereichten Unterlagen aus polizeilicher Sicht keine Bedenken.

Mit freundlichen Grüßen

Im Auftrag

(Schmidt)



DEUTSCHE TELEKOM TECHNIK GMBH, T NL West, PTI 22 Venloer Str. 156, 50672 Köln

Gemeinde Reichshof Reichshof-Denklingen Frau Katja Grunewald

Hauptstr. 12

51580 Reichshof-Denklingen

Ihre Referenzen

_Ansprechpartner TNL West; PTI 22, B 1, Frank Hermanns

Durchwahl +49 221 - 339815548
Unser Zeichen HeF - 2023 - 117 - 7116

Datum 12.04.2023

Betrifft BP Nr. 41 Wohngebiet Mähbach 51580 Reichshof

Beteiligung der berührten Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange gemäß § 13a

Sehr geehrte Damen und Herren,

sehr geehrte(r) Frau Katja Grunewald,

Die Telekom Deutschland GmbH (nachfolgend Telekom genannt) - als Netzeigentümerin und Nutzungsberechtigte i. S. v. § 125 Abs. 1 TKG - hat die Deutsche Telekom Technik GmbH beauftragt und bevollmächtigt, alle Rechte und Pflichten der Wegesicherung wahrzunehmen sowie alle Planverfahren Dritter entgegenzunehmen und dementsprechend die erforderlichen Stellungnahmen abzugeben. Zu der o. g. Planung nehmen wir wie folgt Stellung:

Gegen die o. a. Planung haben wir keine Einwände. Wir weisen jedoch auf folgendes hin:

Im Planbereich befinden sich Telekommunikationslinien der Telekom. Die Belange der Telekom - z. B. das Eigentum der Telekom, die ungestörte Nutzung ihres Netzes sowie Ihre Vermögensinteressen - sind betroffen. Der Bestand und der Betrieb der vorhandenen TK-Linien müssen weiterhin gewährleistet bleiben. Über gegebenenfalls notwendige Maßnahmen zur Sicherung, Veränderung oder Verlegung unserer Anlagen können wir erst Angaben machen, wenn uns die endgültigen Ausbaupläne mit Erläuterung vorliegen.

Wir bitten folgende fachliche Festsetzung in den Bebauungsplan aufzunehmen:

In allen Straßen bzw. Gehwegen sind geeignete und ausreichende Trassen mit einer Leitungszone in einer Breite von ca. 0,50 m für die Unterbringung der Telekommunikationslinien der Telekom vorzusehen. Hinsichtlich geplanter Baumpflanzungen ist das "Merkblatt über Baumstandorte und unterirdische Ver- und Entsorgungsanlagen" der Forschungsgesellschaft für Straßen- und Verkehrswesen, Ausgabe 2013; siehe insbesondere Abschnitt 3, zu beachten. Wir bitten sicherzustellen, dass durch die Baumpflanzungen der Bau, die Unterhaltung und Erweiterung der Telekommunikationslinien der Telekom nicht behindert werden. Zur Versorgung des Planbereichs mit Telekommunikationsanschlüssen ist die Verlegung zusätzlicher Telekommunikationsanlagen erforderlich. Falls notwendig, müssen hierfür bereits ausgebaute Straßen wieder aufgebrochen werden.

Für den rechtzeitigen Ausbau des Telekommunikationsnetzes sowie die Koordinierung mit dem Straßenbau und den Baumaßnahmen der anderen Leistungsträger ist es notwendig, dass uns Beginn und Ablauf der Erschließungsanlagen im Bebauungsplangebiet der Deutsche Telekom Technik GmbH, TI NL West, PTI 22 so früh wie möglich, mindestens 6 Monate vor Baubeginn, schriftlich angezeigt werden an:

DEUTSCHE TELEKOM TECHNIK GMBH

Technische Infrastruktur Niederlassung West, Karl-Lange-Str. 29, 44791 Bochum; Besucheradresse: Innere Kanalstr. 98, 50672 Köln | Hausanschrift: Straße 29, 44791 Bochum Postanschrift: Postfach 10 07 09, 44782 Bochum | Pakete: Venloer Str. 156, 50672 Köln Telefon +49 234 505-0, Telefax +49 234 505-4110, Internet www.telekom.de

Konto: Postbank Saarbrücken (BLZ 590 100 66), Kto.-Nr. 248 586 68 | IBAN: DE17 5901 0066 0024 8586 68 | SWIFT-BIC: PBNKDEFF590 Aufsichtsrat: Niek Jan van Damme (Vorsitzender) | Geschäftsführung: Walter Goldenits (Vorsitzender), Maria Stettner, Dagmar Vöckler-Busch Handelsregister: Amtsgericht Bonn HRB 14190, Sitz der Gesellschaft Bonn | USt-IdNr. DE 814645262

Datum 12.04.2023

Empfänger Gemeinde Reichshof

Blatt 2

Deutsche Telekom Technik GmbH T NL West, PTI 22 Innere Kanalstr. 98 50672 Köln

Wir machen darauf aufmerksam, dass aus wirtschaftlichen Gründen eine Versorgung des Baugebietes mit Telekommunikationsinfrastruktur in unterirdischer Bauweise nur bei Ausnutzung aller Vorteile einer koordinierten Erschließung sowie einer ausreichenden Planungssicherheit möglich ist.

Mit freundlichen Grüßen

Im Auftrag

Frank Hermanns

Bezirksregierung Arnsberg



Bezirksregierung Arnsberg • Postfach • 44025 Dortmund

Gemeinde Reichshof Abt. III / 68 - Bauverwaltung

Per E-Mail an:

Katja.grunewald@reichshof.de

1. Ergänzung des Bebauungsplanes Nr. 41 "*Eckenhagen - Wohngebiet Mähbach*"

Hier: Beteiligung der Bergbehörde NRW im beschleunigten Verfahren nach § 13a Baugesetzbuch (BauGB)

Ihre E-Mail vom 22. März 2023

Sehr geehrte Frau Grunewald,

aus bergbehördlicher Sicht gebe ich Ihnen zum o. g. Planvorhaben folgende Hinweise:

Der Planbereich liegt über einem bereits erloschenen Bergwerksfeld.

Der letzte Eigentümer des bereits erloschenen Bergwerksfeldes ist nicht mehr erreichbar. Ein eventuell vorhandener Rechtsnachfolger des letzten Bergwerksfeldeigentümers ist hier nicht bekannt.

Aus den vorstehenden Gründen teile ich Ihnen daher mit, dass in den hier derzeitig vorliegenden Unterlagen im Planbereich <u>kein</u> umgegangener Bergbau dokumentiert ist. Mit bergbaulich bedingten Einwirkungen auf die Tagesoberfläche ist demnach nicht zu rechnen und es bestehen aus bergbehördlicher Sicht keine Bedenken zum in Rede stehenden Planvorhaben.

Abteilung 6 Bergbau und Energie in NRW

Datum: 18. April 2023 Seite 1 von 2

Aktenzeichen: 65.52.1-2023-118 bei Antwort bitte angeben

Auskunft erteilt: Sören Wenzig registratur-do@bra.nrw.de Telefon: 02931/82-5953

Dienstgebäude: Goebenstraße 25

44135 Dortmund

Fax: 02931/82-3624

Hauptsitz / Lieferadresse: Seibertzstr. 1, 59821 Arnsberg

Telefon: 02931 82-0

poststelle@bra.nrw.de www.bra.nrw.de

Servicezeiten:

Mo-Do 08:30 – 12:00 Uhr 13:30 – 16:00 Uhr Fr 08:30 – 14:00 Uhr

Landeshauptkasse NRW bei der Helaba: IBAN: DE59 3005 0000 0001 6835 15

BIC: WELADEDD

Umsatzsteuer ID:

DE123878675

Informationen zur Verarbeitung Ihrer Daten finden Sie auf der folgenden Internetseite: https://www.bra.nrw.de/themen/d /datenschutz/



Für eventuelle Rückfragen zu dieser Stellungnahme stehe ich Ihnen gern zur Verfügung.

Abteilung 6 Bergbau und Energie in NRW

Seite 2 von 2

Bearbeitungshinweis:

Diese Stellungnahme wurde bezüglich der bergbaulichen Verhältnisse auf Grundlage des aktuellen Kenntnisstandes erarbeitet. Die Bezirksregierung Arnsberg hat die zugrunde liegenden Daten mit der zur Erfüllung ihrer öffentlichen Aufgaben erforderlichen Sorgfalt erhoben und zusammengestellt. Die fortschreitende Auswertung und Überprüfung der vorhandenen Unterlagen sowie neue Erkenntnisse können zur Folge haben, dass es im Zeitverlauf zu abweichenden Informationsgrundlagen auch in Bezug auf den hier geprüften Vorhabens- oder Planbereich kommt. Eine Gewähr für die Richtigkeit, Vollständigkeit und Genauigkeit der Daten kann insoweit nicht übernommen werden. Soweit Sie als berechtigte öffentliche Stelle Zugang zur Behördenversion des Fachinformationssystems "Gefährdungspotenziale des Untergrundes in NRW" (FIS GDU) besitzen, haben Sie hierdurch die Möglichkeit, den jeweils aktuellen Stand der hiesigen Erkenntnisse zur bergbaulichen Situation zu überprüfen. Details über die Zugangs- und Informationsmöglichkeiten dieses Auskunftssystems finden Sie auf der Homepage der Bezirksregierung Arnsberg (www.bra.nrw.de) mithilfe des Suchbegriffs "Behördenversion GDU". Dort wird auch die Möglichkeit erläutert, die Daten neben der Anwendung ebenfalls als Web Map Service (WMS) zu nutzen.

Mit freundlichen Grüßen und Glückauf Im Auftrag gez. Sören Wenzig Betreff: Leitungsauskunft - Vorgangs-Nr. 177580, 1. Ergänzung des Bebauungsplans Nr. 41

"Eckenhagen - Wohngebiet Mähbach"

Von: Vidal Blanco, Bärbel <baerbel.vidal@amprion.net>

Datum: 18.04.2023, 14:17

An: "katja.grunewald@reichshof.de" <katja.grunewald@reichshof.de>

Sehr geehrte Damen und Herren,

im Planbereich der o. a. Maßnahme verlaufen keine Höchstspannungsleitungen unseres Unternehmens.

Planungen von Höchstspannungsleitungen für diesen Bereich liegen aus heutiger Sicht nicht vor.

Wir gehen davon aus, dass Sie bezüglich weiterer Versorgungsleitungen die zuständigen Unternehmen beteiligt haben.

Mit freundlichen Grüßen

Bärbel Vidal Blanco

Amprion GmbH
Asset Management
Bestandssicherung Leitungen
Robert-Schuman-Straße 7, 44263 Dortmund
Telefon +49 231 5849-15711
baerbel.vidal@amprion.net
www.amprion.net
https://www.amprion.net/Information-Datenschutz.html

Aufsichtsrat: Uwe Tigges (Vorsitzender)

Geschäftsführung: Dr. Hans-Jürgen Brick (Vorsitzender), Dr. Hendrik Neumann, Peter Rüth

Sitz der Gesellschaft: Dortmund - Eingetragen beim Amtsgericht Dortmund - Handelsregister-Nr. HRB 15940

Lobbyregister-Nr. R002477 | EU-Transparenzregister Nr. 426344123116-68

#VielfaltVerbindet

1 von 1 19.04.2023, 17:21





Netzauskunft

Telefon

0201/36 59 - 500

E-Mail

netzauskunft@pledoc.de

Gemeinde Reichshof Katja Grunewald Hauptstraße 12 51580 Reichshof

zuständig

Steffen Wilms

Durchwahl

0201/3659-323

Ihr Zeichen 111/68

Ihre Nachricht vom Anfrage an 22.03.2023

PLEdoc

unser Zeichen 20230304848

Datum 23.03.2023

1. Ergänzung des Bebauungsplans Nr. 41 "Eckenhagen – Wohngebiet Mähbach" der Gemeinde Reichshof; Hier: Beteiligung der berührten Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange gemäß § 13a sowie die Benachrichtigung von der öffentlichen Auslegung gemäß § 3 Abs. 2 BauGB

Sehr geehrte Damen und Herren,

PLEdoc GmbH · Postfach 12 02 55 · 45312 Essen

wir beziehen uns auf Ihre o.g. Maßnahme und teilen Ihnen hierzu mit, dass von uns verwaltete Versorgungsanlagen der nachstehend aufgeführten Eigentümer bzw. Betreiber von der geplanten Maßnahme **nicht betroffen** werden:

- OGE (Open Grid Europe GmbH), Essen
- Kokereigasnetz Ruhr GmbH, Essen
- Ferngas Netzgesellschaft mbH (FG), Netzgebiet Nordbayern, Schwaig bei Nürnberg
- Mittel-Europäische Gasleitungsgesellschaft mbH (MEGAL), Essen
- Mittelrheinische Erdgastransportleitungsgesellschaft mbH (METG), Essen
- Nordrheinische Erdgastransportleitungsgesellschaft mbH & Co. KG (NETG), Dortmund
- Trans Europa Naturgas Pipeline GmbH (TENP), Essen

Maßgeblich für unsere Auskunft ist der im Übersichtsplan markierte Bereich. Dort dargestellte Leitungsverläufe dienen nur zur groben Übersicht.

Achtung: Eine Ausdehnung oder Erweiterung des Projektbereichs bedarf immer einer erneuten Abstimmung mit uns.

Mit freundlichen Grüßen PLEdoc GmbH

-Dieses Schreiben ist ohne Unterschrift gültig-

Anlage(n)

Geschäftsführer: Marc-André Wegener

PLEdoc GmbH • Gladbecker Straße 404 • 45326 Essen Telefon: 0201 / 36 59-0 • Internet: www.pledoc.de Amtsgericht Essen - Handelsregister B 9864 • USt-IdNr. DE 170738401







Übersichtskarte (© NavLog/GeoBasis-DE / BKG 2020 / geoGLIS OHG (p) by Intergraph)

Datenschutzhinweis:

Im Rahmen der Netzauskunft, werden die von Ihnen angegebenen personenbezogenen Daten zum Zweck der Bearbeitung Ihres Anliegens und zur Kontaktaufnahme mit Ihnen verarbeitet. Rechtsgrundlage der Verarbeitung ist Art. 6 Abs. 1 lit. c DSGVO. Die Aufbewahrungs- bzw. Löschungsfrist beträgt 10 Jahre, sofern nicht bei einer von uns jährlich durchgeführten Überprüfung ein Zweckfortfall der Aufbewahrung festgestellt wird.

Sie haben das Recht auf Auskunft, Berichtigung, Löschung oder Einschränkung und Übertragbarkeit der Sie betreffenden personenbezogenen Daten. Zudem haben Sie das Recht auf Widerspruch gegen die Verarbeitung Ihrer personenbezogenen Daten.

